

Aufgaben der Ubergangswirtschaft.

Wie im Abendblatt kurz gemeldet, wurde gestern im Ernährungsausschuss des Abgeordnetenhauses eine vom Geheimen Rat Sektionschef Niedeck verfasste Denkschrift über die Aufgaben der Ubergangswirtschaft verlesen. Nach Anlage und Durchführung der Denkschrift verfolgt der Verfasser offenbar den Zweck, die in der parlamentarischen Zeit erfolgte Errichtung des Generalkommissariats für Kriegs- und Ubergangswirtschaft zu begründen. In jedem einzelnen Abschnitt werden alle jene Momente sorgfältig zusammengetragen und eingehend behandelt, die für eine weitgehende staatliche Einflussnahme auf die Volkswirtschaft in den Ubergangsjahren vom Kriege zum Frieden sprechen, um zum Schluss die bekannte Organisation des Generalkommissariats in allen, übrigens bekannten Details auseinanderzusetzen und den Interessenten annehmbar zu machen. Von der offensichtlichen Tendenz der Schrift abgesehen, muß jedoch anerkannt werden, daß sie eine Reihe interessanter Beobachtungen und manche eigene neue Gedanken enthält.

Die Denkschrift schildert zunächst die Lage der österreichischen Industrie und die Wirkungen, die der große Warenmangel im Moment des Friedensschlusses ausüben wird. Nach einer eingehenden Behandlung der Gefahr der Konkurrenz des Auslandes, das mit Rohstoffen besser versehen ist oder diese leichter beziehen kann, kommt der Verfasser zu dem Schluss, daß eine planmäßige Regelung und Überwachung unseres Außenhandels schon zu dem Zweck erforderlich sei, um die drohende Überflutung unseres Marktes durch ausländische Fabrikate während der gefährlichen Ubergangszeit abzuwehren.

Auch bei der Einfuhr von Rohstoffen ist nach der Denkschrift eine planmäßige Regelung unentbehrlich. Nach einem Hinweis auf den allgemeinen Rohstoffmangel, der überall nach dem Kriege bestehen wird, auf die Bestrebungen der Feinde, die Zentralmächte vom Rohstoffbezug auszuschließen, oder ihn mindestens sehr zu erschweren, ferner auf den mutmaßlichen Rohstoffmangel und auf die hohen Preise, kommt die Denkschrift zu dem Schluss, daß eine praktische und gerechte Deckung des Rohstoffbedarfes der verschiedensten Wirtschaftszweige ohne eine nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitete Organisation unmöglich sei. Nur mit Hilfe einer umfassenden Organisation wird es gelingen, den Fehler einseitiger Konsumtenpolitik ebenso zu vermeiden, wie jenen einseitiger Produktionspolitik.

Einen breiten Raum nimmt in der Denkschrift die zweifellos wichtigste Frage der Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel ein. Unser Außenhandel wird in der ersten Zeit nach dem Krieg weniger ein Austausch von Waren mit dem Ausland als ein Bezug von Waren aus dem Ausland sein. Die Frage der Finanzierung unserer Auslandsbezüge ist daher von größter Bedeutung. An einen Ausgleich durch Einfuhr von Gold aus unseren eigenen Beständen kann nicht gedacht werden. Wir müssen daher trachten, Gold aus dem Ausland an uns zu ziehen oder Gold Guthaben im Ausland zu erlangen. Das nächstliegende Mittel zu diesem Zweck ist der Effektenexport. Nach einer Untersuchung aller möglichen Arten des Effektenexports, wie Abstoßung ausländischer im österreichischen Besitz noch befindlicher Wertpapiere, Begebung von staatlichen auf Gold lautenden Anleihen, Placierung einer sogenannten Rohstoffanleihe im Ausland, Begebung von Kommunalanleihen, Pfandbriefe, usw., meint Sektionschef Niedeck, daß der Export von Privateffekten die günstigsten Aussichten hat. Neben dem Effektenexport tritt als zweite Kreditquelle die kurzfristige Verschuldung im Warenhandel. Für die Ausnützung dieser Kreditquelle ist die Kreditfähigkeit unserer Industrie und der Banken ausschlaggebend, die nach der im Kriege erfolgten Entschuldung der Industrie und Mobilisierung der Banken zweifellos gegenüber dem Friedensstand zugenommen hat.

Um aber die Gefahren und Nachteile zu vermeiden, die sich aus der regellosen Zersplitterung des Kredits ergeben, ist, wie die Denkschrift erzählt, eine Reihe von Vorschlägen aufgetaucht, die seine Zentralisierung bezwecken. Die ersten Vorschläge gingen dahin, Rohstoffgemeinschaften der einzelnen Industrien in Form von Aktiengesellschaften zu gründen, die auch die Träger des Kredits zu sein hätten. Ein weitergehender Vorschlag, der auf dem ersten aufgebaut ist, verlangt, daß die in Form von Aktiengesellschaften errichteten Rohstofforganisationen auf der Basis ihrer Forderungen für gelieferte Rohstoffe Obligationen ausgeben sollen. Diese würden sie alle in eine Hand legen und zur finanziellen Basis einer allen Rohstofforganisationen wirtschaftlich übergeordneten Finanzgründung machen, die als gemeinsame Gründung und zentrale Kreditorganisation der Großbanken und industriellen Syndikate gedacht wäre. Kraft der unanfechtbaren, in der ganzen Volkswirtschaft verankerten Machtposition werde die Zentralbank für die von ihr auszugehenden Obligationen überall offenen Markt finden. Indem sie etwa in den Vereinigten Staaten ihre Obligationen belegen ließe, würde sie amerikanische Zahlungsmittel zur Bezahlung der dort gekauften Rohstoffe erwerben. Diese Konstruktion wirkte hierdurch als ein von der gesamten österreichischen Industrie durch das Medium der Zentralbank aufgenommenes und garantiertes Valutalanlehen zwecks Rohstoffdeckung.

Bedeutet dieser Vorschlag eine Zentralisation der Nachfrage nach ausländischen Krediten in Österreich, so geben verschiedene ausländische

Projekte noch um einen Schritt weiter, indem sie auch die Kreditgewährung im Ausland zentralisieren wollen. Der gemeinsame Grundzug solcher Vorschläge ist, daß eine ausländische Finanzgruppe die Ausbringung eines Kredits von solcher Höhe zu übernehmen hätte, daß dadurch der größte Teil des Geldbedarfs für unsere überseeische Wareneinfuhr mindestens im ersten Jahre nach Friedensschluß unter Umständen für mehrere aufeinanderfolgende Jahre gedeckt wird. Die Denkschrift führt sodann verschiedene Argumente an, die für und gegen die Zentralisierung sprechen und meint, daß die Entscheidung der Frage, inwieweit eine Zentralisierung Platz greifen soll, davon wesentlich abhängen wird, ob sich auf diesem Wege die Aussicht eröffnet, unseren Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln für die Zwecke der staatlichen Verwaltung, wie für jene der Privatwirtschaft in großem Stil zu decken.

Ein eigener Abschnitt der Denkschrift beschäftigt sich mit den Fragen des Wiederaufbaus der Industrie und des Exports. Für die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie ist die Spezialisierung von größter Bedeutung, weil sie der wichtigste Faktor für die Verbilligung der industriellen Produktion ist, weil die Entwicklung in allen Ländern nach derselben Richtung geht und weil die Einköpfung des Vorbranges, den andere auf diesem Gebiet gewonnen haben, für uns von so größerer Bedeutung ist, je schwerer die finanziellen Lasten sind, die unserer Wirtschaft durch den Krieg auferlegt werden.

Bei der Frage der Förderung des Exportes wird die Denkschrift auch die exportfördernde Wirkung des Agios einer Untersuchung unterziehen. Aus einer Gegenüberstellung des Agios unserer Währung im Auslande der Preissteigerung einer Anzahl von Waren im Inlande ergibt sich, daß die Lenkung im Auslande oft das Vielfache des Agios beträgt. Unter solchen Umständen kann natürlich das Agio nicht exportfördernd wirken. Die Preispolitik der Regierung muß daher in erster Linie darauf gerichtet sein, einen Abbau der Preise wenigstens soweit zu bewirken, daß das Agio einen Anreiz für das Ausland bildet, unsere Waren zu kaufen.

Für die Verbeschaffung des Rohstoffes ist ebenso wie für den Export von Fertigprodukten die Frage der Beschaffung des Schiffsraumes von größter Bedeutung. Sektionschef Niedeck berührt daher zunächst in der Denkschrift an der Hand eines sehr reichen Riffmateriales den Bedarf und den mutmaßlichen Vorrat an Schiffsraum festzustellen. Nach seiner Berechnung dürften einem Bedarf von etwa 1 bis 1.1 Millionen Raumtonnen in der ersten Zeit nach dem Kriege etwa 767.000 Raumtonnen gegenüberstehen. Dieses Verhältnis dürfte sich aber allmählich bessern. Die Denkschrift schildert sodann die Maßnahmen, die die Regierung bisher zur Sicherung des Schiffsraumes ergriffen hat, und behandelt alle einschlägigen Fragen des Schiffsbetriebes, der Schiffsversicherung, der Klassifikation und die Triester Hafenfragen. Als Endziel der Verkehrspolitik während der Ubergangszeit wird bezeichnet, ein einträchtiges und geordnetes Zusammenwirken aller Verkehrsanstalten, der Seeschifffahrt, der Binnenschifffahrt und der Eisenbahnen, zu sichern und auf diese Weise die Schwierigkeiten zu überwinden, mit denen unsere Rohstoffversorgung auf dem Gebiete des Transportwesens zu kämpfen haben wird.

Den Schluss der umfangreichen Denkschrift bildet, wie bereits erwähnt, die Schilderung der organisatorischen Maßnahmen, beziehungsweise der Organisation des Generalkommissariats für Kriegs- und Ubergangswirtschaft.